



## Themenschwerpunkt: Wohnen

# Macht uns die Miete arm?

Neulich im Supermarkt an der Kasse hörte ich folgendes Gespräch. Verkäuferin zur Kundin: „Sie habe ich ja schon lange nicht mehr gesehen. Geht es Ihnen gut?“ Darauf die Kundin: „Ja, danke. Wir mussten aber aus Jena wegziehen. Mit unserem 2. Kind hatten wir zu wenig Platz in der alten Wohnung und eine größere Wohnung konnten wir uns bei mehr als 8 Euro kalt in Jena nicht leisten.“

Kennen Sie das auch? Vielleicht aus ihrem persönlichen Erleben, von Freunden oder Bekannten? Stimmt das: Macht uns die Miete arm? Und wenn ja, warum ist das so? Muss man es sich leisten können, wie einige in der Stadtregierung denken, in Jena leben zu können? Und wer es nicht kann, dem bleibt dann Kahla oder Gera? Waren Sie selbst von Mieterhöhungen betroffen, wie z.B. die Mieter\_innen von Jenawohnen mit einer Mieterhöhung von bis zu 20 %? Und wem kommt Ihre Mieterhöhung zu Gute? Was hat die Stadt, was hat der Oberbürgermeister in den letzten Jahren getan, um die Mieten in Jena wenigstens zu stabilisieren, außer Neubau im Hochpreis-Segment?

Ursächlich für die steigenden Mieten ist der „Renditehunger“ der Stadt selbst. Die Mieten werden im Rahmen des Möglichen erhöht. Die Gewinne des größten städtischen Wohn-

Soll es aber Aufgabe der Mieter\_innen von Jenawohnen sein, den Haushaltsausgleich des Oberbürgermeisters Dr. Schröter mit ihren Mietzahlungen zu ermöglichen oder

In welche Höhen sollen die Mieten, z.B. von Jenawohnen, noch steigen? Der Mieterverein fordert ein Mietmoratorium, also das Einfrieren der Mieten bei bestehenden Mietverträgen - insbesondere von Jenawohnen - für 5 Jahre. Wir denken, das ist ein erster Ansatz. Aber wir brauchen auch Neubau von Wohnungen. Deswegen ist es notwendig, dass der Oberbürgermeister Dr. Schröter seiner Unterschrift beim „Bündnis für gutes Wohnen Thüringen“ auch Taten folgen lässt, damit die Mieten nicht weiter steigen und steigen. Denn er hat eine Verpflichtung gegenüber allen Bürger\_innen, sich für ihre Belange einzusetzen, nicht gegenüber den Wohnungsunternehmen, den Stadtwerken und den nach Rendite hungernden Banken.

## Jena für Alle - auch für die Mieter\_innen



ungsunternehmens Jenawohnen, die über den Eigenbetrieb kommunalen Immobilien oder die Stadtwerke Energie Jena-Pößneck an die Stadt ausgezahlt werden, dienen maßgeblich dazu, das Entschuldungskonzept der Stadt mitzufinanzieren und Projekte im Stadthaushalt zu bezuschussen.

dessen Schuldentilgungspolitik zu finanzieren? Gerne wird es so dargestellt, dass die Gewinne der Stadtwerke-Gruppe allen Bürger\_innen zu Gute kommen, in Wirklichkeit wird die Entschuldung aber zum größten Teil den Jenawohnen-Mieter\_innen aufgebürdet.

Wir als LINKE in Jena sagen nicht erst seit gestern Jena für Alle. Dass die Mieten in Jena die Jenaer\_innen arm machen, ist ein Verschulden des Oberbürgermeisters und der Koalition aus SPD, CDU und B90/Die Grünen. Es wird Zeit zu handeln!

Torsten Wolf, MdL

Tag der Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft  
27. Januar 2017



Internationaler Frauentag  
8. März 2017



**Jeder Tag ein Frauentag!**  
**Gleichberechtigung endlich umsetzen!**

**DIE LINKE.**

- Interview mit Thomas Stamm vom Deutschen Mieterbund zur Kampagne FAIRmieter für Jena

Seite 2

- Wohnungsmarkt in Jena  
- Kappungsgrenze  
- Haushalt der Stadt  
- Frauentag  
- A. W. Amo

Seiten 3-6

- Mietrecht sozial gestalten - faire Mieten für Alle  
- Rückblick: Neujahrsgespräch mit Bodo Ramelow

Seite 7

- Rückblick: Veranstaltung mit Sahra Wagenknecht,  
- Spendenübergabe  
- Preisrätsel

Seite 8



**Im Interview:**

**Thomas Stamm vom Vorstand des DMB Mieterverein Jena e.V. zur Kampagne „FAIRmieter für Jena“**

**Warum haben Sie diese Kampagne ins Leben gerufen?**

Herr Stamm: Mit der Aktion „FAIRmieter für Jena“ verfolgen wir ein ehrgeiziges Ziel: Bis Ende 2017 werden wir alles geben, um die Mieten in Jena auf einem sicheren Niveau zu halten. Wir möchten grundlegend faire Mietbedingungen schaffen, damit „Wohnen in Jena“ wieder bedeutet, „sich zu Hause

**Aktionen und unterstützen Sie uns! Vielen Dank schon jetzt dafür! Informieren Sie sich auch unter: [www.fairmieter-jena.de](http://www.fairmieter-jena.de)!**

**Gibt es in Jena schon „Fairmieter“?**

Herr Stamm: Nein, leider hat sich hierzu keiner bereit erklärt. Gespräche fanden bei den großen Wohnungsunternehmen statt, sie konnten aber leider nicht von der Aktion überzeugt werden.

**Was wollen Sie mit der Unterschriftenaktion erreichen?**

Herr Stamm: Wie oben bereits ausgeführt, ist es ein politisches Thema. Wir wollen faire Mietbedingungen in Jena schaffen. Die Stadt Jena wird von außen als eine lebens- und liebenswerte Stadt wahrgenommen.

Als problematisch werden in allen Untersuchungen jedoch der Wohnraummangel und die hohen Mieten angeführt.

Als Grundlage für die Mieterhöhungen dient den Vermieter\_innen der qualifizierte Mietpreisspiegel, den die Stadt Jena alle zwei Jahre veröffentlicht. Er präsentiert einen sehr hohen durchschnittlichen Mietpreis, an dem sich die Vermieter\_innen natürlich gern orientieren.

Uns ist aus unserer täglichen Arbeit bekannt, dass in Jena auch

Mietwohnungen zu vernünftigen Preisen angeboten werden – nicht nur in Neulobeda und Winzerla.

Der in städtischer Mehrheitsbeteiligung gehaltenen Wohnungsgesellschaft jenawohnen und den Wohnungsgenossenschaften geht es wirtschaftlich sehr gut. Sie sind in der Lage, mit den derzeit eingenommenen Mieten Millionengewinne zu erwirtschaften. Die veröffentlichten Bilanzen weisen für jenawohnen einen Gewinn von 17 Millionen Euro aus und auch die größeren Wohnungsgenossenschaften erwirtschaften einstellige Millionenbeträge.

Diese Gewinne halten die Wohnungsunternehmen jedoch nicht davon ab, die Mieten weiterhin zu erhöhen - selbst in laufenden Mietverhältnissen. Nach unserer Einschätzung sollte es den Vermietern Jenas möglich sein, auf Mietererhöhungen im laufenden Mietverhältnis zu verzichten und trotzdem wirtschaftlich zu arbeiten. Sollten Mieterhöhungen aus Kostengründen wirklich nötig sein, können diese auch bei Neuvermietungen vereinbart werden. Mit dieser Petition können Sie Ihrer/m Vermieter\_in deutlich machen: **„Ich finde es falsch, dass Sie meine Miete erhöhen, nur, weil der Mietspiegel das ermöglicht!“**

Gemeinsam erreichen wir, dass

die Mieten auf dem Niveau vom 1. November 2016 für die Dauer von fünf Jahren eingefroren und



grundlegend faire Mietbedingungen vereinbart werden.

**Wie kann man sich beteiligen, wo kann man unterschreiben?**

Herr Stamm: Wenn auch Sie der Meinung sind, dass es so nicht weitergehen kann, dann unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme. Denn nur, wenn wir viele sind und laut rufen, werden wir gehört. Unterstützen Sie die von uns ins Leben gerufene Petition!

Unterschreiben Sie diese z.B. online oder im Büro des DMB Mieterverein Jena e.V. und zeigen Sie der Stadt und den Vermieter\_innen Jenas:

**FAIRNESS IST DIE HALBE MIETE!** Dies ist noch bis 30.04.2017 möglich!



Thomas Stamm

zu fühlen“. Das Thema ist hoch politisch. Denn, wenngleich wir uns an alle Vermieter\_innen richten, spielt hierbei auch die Stadtpolitik eine große Rolle. Sie und die Wohnungsgenossenschaften gilt es in erster Linie von unserem Anliegen zu überzeugen. Dafür brauchen wir auch die Hilfe ihrer Leser\_innen, denn nur gemeinsam ändern wir den Kurs!

**Beteiligen Sie sich an den**

### Betriebskostenspiegel

<table style="width: 100%;"> <tr><td>Grundsteuer</td><td style="text-align: right;">0,14 €</td></tr> <tr><td>Wasser inkl. Abwasser</td><td style="text-align: right;">0,32 €</td></tr> <tr><td>Heizung</td><td style="text-align: right;">1,15 €</td></tr> <tr><td>Warmwasser*</td><td style="text-align: right;">0,29 €</td></tr> <tr><td>Aufzug*</td><td style="text-align: right;">0,11 €</td></tr> <tr><td>Straßenreinigung</td><td style="text-align: right;">0,02 €</td></tr> <tr><td>Müllbeseitigung</td><td style="text-align: right;">0,14 €</td></tr> </table>	Grundsteuer	0,14 €	Wasser inkl. Abwasser	0,32 €	Heizung	1,15 €	Warmwasser*	0,29 €	Aufzug*	0,11 €	Straßenreinigung	0,02 €	Müllbeseitigung	0,14 €	<table style="width: 100%;"> <tr><td>Gebäudereinigung</td><td style="text-align: right;">0,11 €</td></tr> <tr><td>Gartenpflege</td><td style="text-align: right;">0,04 €</td></tr> <tr><td>Allgemein Strom</td><td style="text-align: right;">0,06 €</td></tr> <tr><td>Schornsteinr.*</td><td style="text-align: right;">0,01 €</td></tr> <tr><td>Versicherung</td><td style="text-align: right;">0,14 €</td></tr> <tr><td>Hauswart</td><td style="text-align: right;">0,17 €</td></tr> <tr><td>Antenne/Kabel*</td><td style="text-align: right;">0,13 €</td></tr> <tr><td>Sonstige</td><td style="text-align: right;">0,05 €</td></tr> </table>	Gebäudereinigung	0,11 €	Gartenpflege	0,04 €	Allgemein Strom	0,06 €	Schornsteinr.*	0,01 €	Versicherung	0,14 €	Hauswart	0,17 €	Antenne/Kabel*	0,13 €	Sonstige	0,05 €
Grundsteuer	0,14 €																														
Wasser inkl. Abwasser	0,32 €																														
Heizung	1,15 €																														
Warmwasser*	0,29 €																														
Aufzug*	0,11 €																														
Straßenreinigung	0,02 €																														
Müllbeseitigung	0,14 €																														
Gebäudereinigung	0,11 €																														
Gartenpflege	0,04 €																														
Allgemein Strom	0,06 €																														
Schornsteinr.*	0,01 €																														
Versicherung	0,14 €																														
Hauswart	0,17 €																														
Antenne/Kabel*	0,13 €																														
Sonstige	0,05 €																														

Angaben pro m<sup>2</sup> pro Monat

\* Kein ausreichendes Datenmaterial verfügbar, deshalb Ergebnis aus Betriebskostenspiegel für Thüringen entnommen.

© Deutscher Mieterbund e.V. in Kooperation mit der mindUp GmbH  
Daten 2014; Datenerfassung 2015/2016

Wir möchten noch um die Mithilfe zur Fortschreibung des Betriebskostenspiegels für die Region Jena bitten. Benötigt werden Abrechnungen, die das Kalenderjahr 2015 betreffen, also die Abrechnungszeiträume beispielsweise 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 oder 1. Oktober 2014 bis 30. September 2015. Bitte senden Sie uns möglichst viele Betriebskostenabrechnungen in Kopie oder per Email zu bzw. bringen Sie Ihre Abrechnung zum Kopieren in unserer Geschäftsstelle vorbei.

DMB Mieterverein Jena e.V., Saalstraße 21, Eingang vom Innenhof - Ecke Oberlauengasse, 07743 Jena  
[info@mieterverein-jena.de](mailto:info@mieterverein-jena.de)



## Wohnungsmarkt in Jena: Wenige profitieren - Viele finden keine angemessene Wohnung

In Jena sind die Verhältnisse klar. Der Oberbürgermeister und die Mehrheit des Stadtrates aus SPD, CDU und Grünen thematisieren soziale Fragen nur in Sonntagsreden. Sie sind nicht bereit, etwas gegen überhöhte Mieten zu tun und damit auf das eine oder andere Prestigeprojekt zu verzichten oder sich mit Rendite erwartenden Investoren anzulegen.

Das kommt so: Die Vertreter\_innen der Koalition stellen mit den privaten Gesellschaftern die Mehrheit in den Aufsichtsräten der Stadtwerke Jena und der Stadtwerke Energie Jena-Pöbneck, denen das städtische Wohnungsbauunternehmen Jenawohnen gehört. Durch dieses Konstrukt sind die Entscheidungen der städtischen Wohnungsgesellschaft scheinbar ganz weit entfernt von den politisch Verantwortlichen innerhalb der Koalition. So macht sich der Oberbürgermeister einen schlanken Fuß, wenn es um Mieterhöhungen und unpopuläre Entscheidungen geht. Die Aufsichtsräte entscheiden auch nicht, dass sich die Miete für die konkrete Wohnung x um y-Prozent erhöht. Sie machen das viel cleverer. Sie geben der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Vorgaben, welche Rendite sie zu erbringen hat und beschließen Wirtschaftspläne, in denen die jährlich steigenden Einnahmen fest eingeplant sind.

Da aber das Wegschieben politischer Verantwortung in Jena aufgrund aufmerksamer Bürgerinnen und Bürger sowie einer aktiven Stadtratsopposition nicht vollkommen funktioniert, behauptet die Jenawohnen-Geschäftsführung, in deren Verträgen die Renditeziele natürlich eine Rolle spielen, dass ja die meisten der Wohnungen sehr günstig und weit unterhalb des in Jena ansonsten vorhandenen Mietniveaus wären. Was ist davon zu halten? Die Aussage ist nicht völlig falsch. Es muss aber auch gesagt werden, dass das Ausstattungsniveau, die Zuschnitte und der Sanierungszustand oft noch auf leicht verbessertem DDR-Standard und somit auf deutlich niedrigerem Niveau sind als bei vielen privaten Vermieter\_innen. Deswegen sind die Wohnungen automatisch unwe-

senlich günstiger. Dazu kommt, dass viele Wohnungen zwar vergleichsweise günstig vermietet werden, aber eben bewohnt sind und deswegen auch neuen Mietinteressierten nicht zur Verfügung stehen. Wenn eine Wohnung frei wird, wird sie in der Regel mit erheblichem Aufschlag



auf die Miete wieder vermietet.

Wieso macht die vom Oberbürgermeister führend verantwortete Koalition solch eine Politik? Ganz einfach: Sie profitiert davon, indem Jenawohnen über die Stadtwerke jährlich hohe Millionenbeträge an die Stadt ausschüttet. Über die Verwendung der Einnahmen entscheidet die Betonkoalition dann allein und so können die verschiedenen Lieblingsprojekte von SPD, Grünen und CDU verwirklicht werden. Anders ausgedrückt, die Mieterinnen und Mieter in den Beständen von Jenawohnen, die meist ein kleines oder mittleres Einkommen haben, bezahlen Prestigeprojekte von denen sie weniger profitieren als Menschen mit höherem Einkommen. Das ist das Gegenteil von Gerechtigkeit: gerecht ist, wenn stärkere Schultern mehr als schwächere Schultern zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

Durch den erheblichen Bestand Jenawohnens von 14.000 Wohnungen, insgesamt gibt es in Jena 58.000 Wohnungen, hält die politische Mehrheit das Mietpreisniveau konstant hoch, lässt die Gewinne sprudeln und

hat deswegen auch keinerlei Interesse an Investoren, die günstig bauen - ganz im Gegenteil. Die städtische Gesellschaft Jenawohnen ist aktiv auf dem Wohnungsmarkt und baut im Hochpreissegment. Die Stadt verkauft Grundstücke und stellt Bebauungspläne auf - für Investoren, die

im Hochpreissegment bauen, denn schließlich soll sich die Investition ja schnell amortisieren. Deswegen stimmt es nicht, was der Oberbürgermeister und sein Dezernent beständig wiederholen, dass nur viele teure und sehr teure Wohnungen gebaut werden müssten und dann würden die Mieten irgendwann von alleine sinken. Wenn das Niveau insgesamt hochgetrieben wird und erfreulicherweise weiterhin Menschen nach Jena ziehen, kann diese Rechnung nicht aufgehen.

Die Mieterinnen und Mieter sind auf dem Wohnungsmarkt der Vermieter\_innenseite unterlegen. Die politische Mehrheit, bestehend aus SPD, Grünen und CDU hat nicht den Willen, sich für die Interessen der durchschnittlich und gering Verdienender\_innen einzusetzen und die Mieten nachhaltig zu senken. In der Folge finden immer mehr Menschen keinen angemessenen Wohnraum. Dies gilt für Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehende, Geringverdienende, Studierende, Auszubildende, Arbeitslose, Ältere, die auf barrierearme Wohnungen angewiesen sind, Menschen mit Behin-

derungen oder Erwerbsminderungen - kurz: alle, die nicht gut verdienende Singles sind.

Was ist angemessenes Wohnen? Die Frage kann man unterschiedlich beantworten. Allgemein gilt aber, dass dauerhaft nicht mehr als 30 % des Nettoeinkommens für Wohnen aufgebracht werden sollte. Im Jahr 2014 betrug das durchschnittlich pro Person in Jena verfügbare Einkommen 16.920 €, neuere statistische Auswertungen liegen nicht vor. Damit wäre eine Warmmiete von 423 € pro Monat verträglich. Bereits in diesem Bereich ein auswahlfähiges Angebot zu finden, das den eigenen Vorlieben und Bedürfnissen entspricht, ist schwierig. Dazu kommt aber, dass in Jena überdurchschnittlich gut Verdienende auf der einen Seite und Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen auf der anderen Seite in besonders hoher Zahl vertreten sind. Etwa 40 % der Jenaer Haushalte haben weniger als 1.300 € im Monat zur Verfügung, 26 % der Haushalte haben weniger als 900 €. Für diese Haushalte, die nicht immer nur aus einer Person bestehen, ist eine Miete von insgesamt 270 € pro Monat verträglich. Jetzt kann sich jeder selbst ausmalen, wie viele Wohnungen, in welcher Qualität da zur Verfügung stehen. Vor allem Geringverdienende ziehen deswegen auch aus Jena weg. Eine Wohnung im Stadtzentrum oder in anderen begehrten Wohnlagen zu finden, ist für sie ohnehin utopisch.

Es bleibt dabei: In Jena leben Gutsituierte wo sie wollen, Ärmere leben dort wo sie müssen. Es liegt an uns allen, diesem Trend mit der nächsten Wahlentscheidung umzukehren.

Julia Langhammer



## LINKE für schnelle Umsetzung des Gedenkconceptes zum Umgang mit der NS-Vergangenheit

Anlässlich des Tages der Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft erinnerte die Fraktion DIE LINKE im Jenaer Stadtrat an die baldige Umsetzung des Gedenkconceptes. Bereits im Oktober 2012 hatte der Stadtrat den Beschluss für ein Gedenkconcept mit dem Titel „Gedenken, Erinnern, Aufarbeiten“ gefasst, welches Maßnahmen zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Jena benennt.

Drei Schwerpunkte sollen demnach bearbeitet werden. Eines dieser Schwerpunkte, das Gedenk- und Totenbuch der Stadt Jena, ist bereits in digitaler Form im Internet einsehbar. Ein weiterer, die Gedenkstele, wurde im Oktober 2014 in der Löbstedter Straße am Standort des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers eingeweiht.

Doch was ist mit der Einrichtung einer Lernwerkstatt, die Schülerinnen und Schülern die NS-Zeit vermitteln soll? Das Konzept wurde im Kulturausschuss besprochen und auch nach Räumen wurde gesucht. Zuletzt hatte der Kulturausschuss im August vorigen Jahres beschlossen, dass der Oberbürgermeister geeignete Räumlichkeiten präsentieren möge. Es bleibt zu hoffen, dass dies zeitnah passieren wird, um die Etablierung der Lernwerkstatt auf den Weg bringen zu können.

Die Stadt gedachte am Freitag, dem 27. Januar, um 12.30 Uhr, am Heinrichsberg den Opfern des Faschismus. Schön wäre, wenn Gedenkveranstaltungen im Allgemeinen zu einer Tageszeit stattfinden würden, die es auch Berufstätigen ermöglicht, daran teilzunehmen.

Martina Flämmich-Winckler



## Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen

Als letzte Initiative im Jahr 2016 hat DIE LINKE im Stadtrat Jena einen Beschlussantrag zur Einführung einer 15-prozentigen Kappungsgrenze für Mieterhöhungen gestellt.

### Kappungsgrenze:

Seit 1983 gilt bei „normalen“ Mieterhöhungen eine sogenannte Kappungsgrenze. Das bedeutet, dass - abgesehen von Erhöhungen wegen gesteigener Betriebskosten oder wegen Modernisierung - die Miete innerhalb von drei Jahren nicht mehr als 20 % steigen darf. Diese Grenze gilt auch dann, wenn im Einzelfall die ortsübliche Vergleichsmiete über dem so errechneten Betrag liegt.

Zuletzt gab es eine solche Mieterhöhung um 20 % in der Binswangerstraße in Lobeda-West.

Das Land Thüringen hat im August des vergangenen Jahres die Stadtverwaltung Jena um eine Stellungnahme gebeten, ob sie Interesse daran hätte, etwaige Mieterhöhungen auf 15 % zu begrenzen. Eine zustimmende Antwort steht bis heute aus. Voraussetzung dafür ist ein „Ratsbeschluss“. In der Begründung ist die Entwicklung der Einwohner\_ innenzahlen der letzten drei Jahre darzulegen sowie die Entwicklung des Wohnungsleerstandes und des

Wohnraumversorgungsgrades.

Mit unserem Antrag sollte nun der Oberbürgermeister beauftragt werden, beim Land die Einführung einer Kappungsgrenze nach Paragraph 558 Abs. 3 BGB aufgrund der angespannten Wohnraumsituation in Jena, der wachsenden Bevölkerungszahl und der nach wie vor geringen Leerstandsquote positiv zu beantworten. Wir führten als Begründung an, dass aufgrund der Mietentwicklung in den letzten Jahren und der zunehmenden Belastung gerade junger Familien, Alleinerziehender und einkommensschwacher Haushalte die Senkung der Kappungsgrenze auf 15 % ein wichtiges Signal wäre, insbesondere dann, wenn eine Mieterhöhung ohne Qualitätsverbesserung vorgenommen wird.

Soweit so gut. Der Antrag wurde verwiesen und verändert. Der Witz oder besser gesagt, das Trauerspiel daran ist, dass es diesen Beschluss

eigentlich schon gibt und zwar mit dem Stadtratsbeschluss vom 21.10.2015 „Wohnen in Jena 2030“



- in dem es im Punkt 006 u.a. heißt: „...Der Freistaat Thüringen wird aufgefordert, für das Gebiet der Stadt Jena eine Rechtsverordnung nach § 558 Abs. 3 BGB (Absenkung der Kappungsgrenze) zu erlassen. ...“ Allerdings blieb dies ohne eine einzige Konsequenz.

Dr. Gudrun Lukin

## Keine preiswerten Wohnungen in Sicht

### Die Jenaer Stadtkoalition SPD,CDU und Bündnis 90/Die Grünen verschleppt Stadtratsbeschlüsse zum Bau preiswerter Wohnungen in Jena

Seit Jahr und Tag bemühen wir uns um den Bau und die Bereitstellung von Wohnungen, die auch für Geringverdienende, Alleinerziehende und Familien mit Normaleinkommen erschwinglich sind. So hatte der Jenaer Stadtrat am 30.06.2011 beschlossen:

- dass in den nächsten 5 Jahren ausgehend von 2011 jährlich **ca. 50 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus** neu zu errichten sind - **Ergebnis bislang: 19**
- dass **Kooperationsabkommen mit den Umlandgemeinden** für den Wohnungsbau zu schließen

sind - **Ergebnis: wenig Bemühungen**

- die **Beibehaltung/Erhöhung der Anzahl miet- und belegungsgebundener Wohnungen** bezogen auf das Niveau des Jahres 2011 - **Ergebnis: niederschmetternd** - die Zahl dieser günstigen Wohnungen sank ungebremst von 2591 auf jetzt nur noch 780!

Bei jedem Vorhaben versucht die Stadtspitze, die Verantwortung der Landespolitik zuzuschieben. Nur andernorts z.B. in Schmölln oder 2018 in Erfurt wird auch sozialer

Wohnungsbau betrieben - es ist also doch möglich.

Da aber sowohl der Oberbürgermeister als auch die Koalition aus SPD, CDU und Grünen die Beschlüsse des Stadtrates nicht umsetzen, ist es nicht verwunderlich, dass auch Modelle für den konzeptionellen Wohnungsbau gar nicht erst angegangen werden. Dies würde die Kombination aus preiswertem und teurem Wohnungsbau als städtische Auflage bedeuten. Kurzum, **in Jena wird zwar viel gebaut, aber viel zu teuer vermietet.**

Dr. Gudrun Lukin



## Doppelhaushalt 2017/18 beschlossen

Am 18. Januar beschloss der Stadtrat den Doppelhaushalt 2017/18. DIE LINKE beantragte zunächst die Vertagung der Beschlussvorlage in den Februar, um den Haushalt in den Fachausschüssen und den Fraktionen ausführlich beraten zu können, was aber durch die Stadtratskoalition aus CDU, SPD und Grünen ebenso abgelehnt wurde wie alle Änderungsanträge der Opposition.

### Höhere Zuschüsse zur Schüler\_innenbeförderung gefordert!

Die Fraktion DIE LINKE wollte im neuen Doppelhaushalt insbesondere die Wiedereinführung der Bezuschussung der Schüler\_innenbeförderung zur Wahlschule durchsetzen, die mit dem Haushaltsbeschluss 2015/16 auf Schüler\_innen mit JenaBonus-Anspruch eingeschränkt worden war. Die Schulwahlfreiheit der Eltern soll nicht durch finanzielle Hürden

erschwert werden. Bereits im letzten Jahr war die DIE LINKE bei der Beschlussfassung des Nachtragshaushaltes mit der gleichen Forderung an der Koalition gescheitert.

### Planungskosten Schwimmhalle einstellen!

Weiterhin schlug die Fraktion vor, im Haushaltsjahr 2018 Planungskosten zur Errichtung einer Schwimmhalle mit 50-Meter-Bahn einzustellen und damit einem Votum aus dem Bürgerhaushalt erheblich eher nachzukommen als bisher geplant.

### Keine Schuldentilgung zu Lasten der Schulsanierung!

Für die Installation der Klimaanlage an der Schillerschule forderte die Fraktion 600.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Stadt hatte bei der Sanierung des Schulgebäudes auf den Einbau eines Sonnenschutzes ver-

zichtet, weshalb sich manche Schulräume an Hitzetagen auf über 30 Grad aufheizen. Im KIJ-Wirtschaftsplan 2017/18 war diese Maßnahme zunächst vorgesehen, dann allerdings gestrichen worden. Zur Finanzierung dieser und weiterer in die Zukunft verschobenen Schulbaumaßnahmen (wie z.B. die Sanierung der Triebnitz-Schule) schlug DIE LINKE vor, die Schuldentilgung zu strecken oder eine Kreditaufnahme für Schulbauvorhaben zu ermöglichen.

### Fraktion lehnt Haushalt mehrheitlich ab

Da durch die Koalition die Vertagung des Haushalts als auch alle Änderungsanträge abgelehnt wurden, lehnten die Mitglieder der LINKEN den Haushalt mehrheitlich ab oder enthielten sich der Stimme. Fraktionsmitglied Katharina König begründete ihre Zustimmung zum Haushalt

dagegen mit der deutlich verbesserten Entlohnung der Mitarbeiter\_innen in der freien Jugendarbeit und den vermiedenen Kürzungen im freiwilligen Bereich.

*Jens Thomas*

### Weitere Haushalts-Anträge

Ein weiterer Vorschlag beinhaltete die Wiedereinführung der Bezuschussung des Frauennachtaxis, welches gegenwärtig ausgesetzt ist. Auch den Vorschlag, das Amtsblatt zu einer kostenfreien Stadtzeitung für alle Jenaer Haushalte umzugestalten, brachten wir erneut ein. Außerdem wollte die Fraktion Mittel für eine Expertise zum sozialen Wohnen in den Haushalt einstellen. Des Weiteren war die Streichung der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz Inhalt eines Antrages. Alle Vorschläge der Fraktion wurden abgelehnt.

*Annette Siami*

## Mehr als eine Blume zum Frauentag

„Frauentag? Schon wieder? Die Gleichberechtigung ist doch längst erreicht!“ So denken viele Paare erkennen oft erst nach der Geburt des ersten Kindes, dass es noch an Gleichberechtigung fehlt - und dass liegt nicht an den fehlenden Möglichkeiten der Männer, die Kinder zu stillen. Geschlechtergerechte Sprache allein ändert nicht viel und die Frauenquote für Konzernvorstände geht am Leben der meisten Frauen vorbei.

Braucht es heute noch einen **Frauen(kampf)tag**? Die Antwort ist ein klares **Ja!**

Kinder zu bekommen und in Teilzeit zu arbeiten (ob nun freiwillig oder gezwungenermaßen) stellt oft das Karriereende dar. Bei der Entscheidung, wer zu Hause bleibt, verfallen die meisten Paare wieder ins klassische Rollenmodell. Oft ist es das geringere Einkommen der Frauen im Vergleich zum Mann, dass die Frauen den Großteil der Elternzeit nehmen lässt. Aber warum eigentlich werden eher Frauen zugeschriebene Berufe schlechter bezahlt als Berufe, die meist von Männern ausgeübt werden? Und warum bekommen Frauen selbst bei gleicher Tätigkeit und Erfahrung häufig weniger Lohn als Männer?

Es existiert immer noch der Glaube, Mütter würden in der Babypause irgendwie ihre berufliche Qualifikation verringern. Sind ein/zwei Jahre in einem vierzigjährigen Arbeitsleben wirklich ein Problem? Obendrein wird Müttern ein größeres Ausfallrisiko zugeschrieben, schließlich bleiben meist sie beim kranken Kind zu Hause. Wo Kindertagesstätten

fehlen oder die Betreuungszeit nicht ausreicht, bleibt für die Frau nur der Minijob, zumal ein Einkommen in der Familie heutzutage meist nicht mehr ausreicht. Dabei wünschen sich die meisten Väter auch mehr Zeit für ihre Familien. Nicht nur bei der Kinderbetreuung, auch bei der Pflege von Angehörigen sind es meistens die Frauen, die beruflich zurückstecken.



Was lässt sich gegen diese Diskriminierung unternehmen? Paare sollten einen gleichen Anteil an der Kinderbetreuung übernehmen können. Der Anspruch auf Elternzeit für den 13. und 14. Lebensmonat, den viele Väter nutzen, kann nur ein Anfang sein. Wir brauchen neue Modelle der Elternzeit und des Elterngeldes, die Paare motivieren, gleichberechtigt für Kind und Haushalt da zu sein.

Die Gesellschaft ändert sich nur, wenn wir damit anfangen. Dass auch Frauen nach der Geburt des Kindes wieder schnell in Vollzeitjobs einsteigen und Väter in Teilzeit arbeiten können, wenn sie sich

mehr Zeit für die Familie wünschen, sollte selbstverständlich sein. Faire und gleiche Bezahlung ist dafür eine Grundvoraussetzung. Ausreichende Kinderbetreuungsplätze und flexible Betreuungszeiten sind alternativlos und dazu gehört auch, dass Pflegeleistungen einen höheren Stellenwert erhalten.

Frauen am 8. März mit Blumen zu ehren, ist wichtig, um an bestehende Herausforderungen zu erinnern. Doch sollte dieser Tag nur ein Symbol für das Handeln im restlichen Jahr sein.

Höflichkeit und Respekt gegenüber allen Menschen ist schließlich der Grundstein einer lebenswerten Gesellschaft.

Der Frauentag ist ursprünglich entstanden, um die Emanzipation der Frau mit dem Frauenwahlrecht voranzubringen. Das wurde nach langem Kampf mit Bravour erledigt. Aber noch immer haben Männer und Frauen nicht in allen Lebensbereichen die gleichen Rechte und Pflichten.

Eine Frauenquote kann helfen, Frauen berufliche Möglichkeiten einzuräumen, zu denen ihnen der Zugang sonst verwehrt geblieben wäre. Gesetzliche Vorgaben können das patriarchalische Rollenbild in Schranken weisen. Aber letztlich kann nur der gemeinsame Wille und eine gemeinsame Anstrengung aller Geschlechter echte Gleichberechtigung bringen. Alles Gute zum 8. März und auf zum Kampf für Gleichberechtigung!

*Ralph Lenkert*

## Leben in Jena: Der schwarze Philosoph Anton Wilhelm Amo in Jena 1739-47

Der schwarze Philosoph Anton Wilhelm Amo aus dem Volk der Nzema, der 1739-47 in Jena lebte, ist der prominenteste Vertreter der Geschichte schwarzer Menschen in Deutschland und eine bedeutende Identifikationsfigur für Menschen afrikanischer Herkunft weltweit.

Amo (um 1700/03 - nach 1753) stammte aus dem Gebiet Axim an der Westküste des heutigen Ghana, wo schwarze Händler Verschleppte aus dem Hinterland an die Niederländisch-Westindische Kompanie verkauften. Infolge dieses Sklavenhandels gelangte Amo 1707 an den Hof der Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel, erhielt Unterricht und wurde 1708 evangelisch auf den Namen „Anton Wilhelm“ getauft. Zunächst als exotischer Kammerjunge in den Hofstaat eingereiht, arbeitete er ab 1716 als besoldeter Diener und unterlag denselben rechtlichen Bedingungen wie seine weißen Mitmenschen. 1720 legte er sich den Nachnamen Amo zu, der aus seiner Muttersprache stammt und wohl sein ursprünglicher Vorname war. Aufgrund einer guten Ausbildung erlangte er die Hochschulreife. Auf Kosten des Herzogshauses studierte er ab 1727 an der Philosophischen Fakultät der Universität Halle/S. 1729 bestand Amo mit der lateinischen Disputation „Über das Recht der Mohren in Europa“ sein erstes Abschlussexamen. Der verschollene Text ist nur durch eine kurze Notiz bekannt, doch Aktivisten unterstellen, Amo habe sich dezidiert gegen die Sklaverei ausgesprochen.

1730 wechselte Amo an die Universität Wittenberg und wurde dort „Magister der Philosophie und der Freien Künste“. 1734 promovierte er mit der lateinischen Dissertation „Die Apatheia der menschlichen Seele“ und vertrat die These, nur der Körper unterliege Empfindungen, der Geist aber entscheide sich frei. Kurz darauf erhielt er die Zulassung als Privatdozent und führte von nun an den Namenszusatz Afer („Afrikaner“). 1736 kehrte er an die Universität Halle/S. zurück, wo er sich mit Politischer Philosophie, Rechtsphilosophie und Mathematik beschäftigte, doch ebenso mit Physiognomik und

astrologisch orientierter antiker Medizin. Die lange vertretene Ansicht, er sei ein treuer Anhänger des Frühaufklärers Christian Wolff gewesen, wurde 2003 relativiert.

1738 veröffentlichte Amo den lateinischen „Traktat von der Kunst, nüchtern und sorgfältig zu philosophieren“. Für uns besonders interessant ist seine These von der Gleichberechtigung aller Religionen weltweit. Denn nachdem er die Theologie der Christen erwähnt hatte, ergänzte er knapp: „Ich sage ausdrücklich:



Die Theologie der Christen. Es gibt nämlich außerdem eine Theologie der Heiden, der Türken usw., ferner je nach Verschiedenheit der Völker“. Diese Haltung verwirft jede Form von religiös begründeter Dominanz, Verfolgung oder Missionierung. Sie fordert zugleich, ethnische Religionen genauso zu respektieren wie die Universalreligionen. Ebenso lakonisch erklärt Amo, philosophische Erkenntnisse müssten auch angewandt werden, wobei die Durchsetzung derselben schwierig sein kann: Denn in den Köpfen der meisten gilt Autorität für Wahrheit und nicht Wahrheit für Autorität.

Mitte 1739 bewarb sich Amo als Privatdozent an der Universität Jena. Kurz darauf kündigte er eine lateinische Vorlesung über Physiognomik, Chiromantie, Geomantie, [...] rein natürliche Astrologie und [...] Dechiffrier-Kunst an. Deren seit der Antike bekannte Inhalte wollte er nach einer kritischen Analyse mit sorgfältiger Anwendung zum Zweck des im politischen Staate klug einzurichtenden Lebens vortragen. Die Vorlesung

fand im 3. Stock der heutigen Jenergasse 9 (früher Nr. 7) in der Wohnung des Fachkollegen Johann Andreas Fabricius (1696-1769) statt und wird wegen ihrer vermeintlich kompromittierenden Thematik in der Forschung nach Möglichkeit ignoriert.

Überraschenderweise ist Amo in den nächsten Jahren nur noch durch drei Einträge in Stammbüchern zwischen 1740 und 1746 nachzuweisen. Das erste gehörte dem später als Begründer der Statistik berühmt gewordenen Gottfried A. Achenwall. In

den persönlich gehaltenen Einträgen zitierte Amo stets Textstellen des Stoikers Epiktet, die den Menschen ermutigen, sich seiner unausweichlichen Verantwortung zu stellen. Wovon Amo in dieser Zeit lebte und ob er wirklich preußischer Hofrat war, bleibt unklar. Doch in Archiv und Bibliothek der Universität Jena finden sich bedeutende Lebenszeugnisse zu ihm: Bewerbung, Beurteilungen und Vorlesungsankündigung von 1739, sowie das Stammbuch mit eigenhändiger Zeichnung von 1746.

Amo wollte schon nach dem Tod seines herzoglichen Gönners in den 1730er Jahren wieder in seine Heimat zurückkehren. Wie bei den antiken Griechen und Römern waren und sind dort einflussreiche Spezialisten tätig, die im System ihrer ethnischen Religion übernatürliche Zeichen deuten und deshalb Bürger und Politiker beraten können. Dazu gehören auch fremde Spezialisten aus dem Norden, die über außergewöhnliche Kenntnisse verfügen. Amo mag sich an diese Besonderheit erinnern oder auf andere Weise von ihr erfahren haben.

Vielleicht nutze er seine Zeit in Jena 1739-47, um sich durch das Studium der in der Vorlesungsankündigung von 1739 genannten Disziplinen auf eine solche Tätigkeit vorzubereiten und seinen afrikanischen Landsleuten in Zeiten des Sklavenhandels beizustehen. Anfang 1747 kehrte Amo in seine Heimat zurück, noch bevor zwei rassistische Gedichte von Johann Ernst Philippi über ihn und eine Frau erschienen, die er in Jena offenbar umworben hatte. Er lebte vermutlich in der Nähe des niederländischen Küstenforts Axim, wo ihn der Schiffsarzt Henri Gallandat 1753 besuchte und als etablierten Wahrsager und Weissager antraf. Auch dieses Detail ignoriert die Forschung gerne. Mit seiner Deutung göttlicher Zeichen im System der ethnischen Religion vor Ort tat er aber nichts anderes als die Spezialisten der antiken Griechen und Römer, zu denen zeitweise auch Cicero als Augur gehörte. Amo, der seine Muttersprache wohl vergessen hatte, beherrschte die niederländische Verkehrssprache von Axim und konnte bei Bedarf auch auf Übersetzer zurückgreifen.

Nach 1753 lebte der schwarze Philosoph aus unbekanntem Gründen etwa 60 km weiter östlich im ebenfalls niederländischen Fort Shama. Sein dortiger Status ist ungeklärt. 1927 verlegten die lokalen Behörden sein Grab vom alten Friedhof direkt vor das Fort und gestalteten es neu.

© Dr. Monika Firla (2016)

Die Autorin beschäftigt sich seit 2000 mit Amo, publizierte zu ihm 2002 und 2012 und hat eine umfangreiche Sammlung zu ihm angelegt. Eine weitere Veröffentlichung ist in Vorbereitung.

*Frau Dr. Firla gab die Anregung, Amo eine Straße/einen Platz in Jena zu widmen. Diesen Vorschlag hatte DIE LINKE in den Kulturausschuss, dessen Aufgabe auch die Benennung von Straßen ist, eingebracht. Sollte eine geeignete Straße zu benennen sein, werden wir erneut an Amo erinnern.*

(Foto: Stadtarchiv Jena)



## Mietrecht sozial gestalten – faire Mieten für Alle

In vielen Städten Deutschlands – so auch in Jena – explodieren die Mieten seit Jahren ungebremst. Es ist schwer geworden, überhaupt eine Wohnung zu finden. Die im Jahr 2015 in Kraft getretene Mietpreisbremse hat, so wie es DIE LINKE befürchtete, den Anstieg der Mieten nur minimal gebremst.

Bei Neuverträgen können die Mieten weiterhin drastisch erhöht werden und davon wird auch sehr oft Gebrauch gemacht. Wer einen alten Mietvertrag hat, muss immer öfter mit regelmäßigen Erhöhungen leben. Die Rechte von Mieter\_innen wurden durch die Schwarz-Gelbe Koalition (ehemalige Bundesregierung von 2009-13) massiv beschnitten. In Folge ist es ein Risikospiele, wenn in der gemieteten Wohnung Mängel auftreten. Reagiert der/die Vermieter\_in nicht auf eine Mängelanzeige, so müssen nach bisheriger Rechtslage die Mieter\_innen innerhalb von 6 Monaten die Miete entsprechend des Mangels kürzen. Machen sie dies nicht, so haben sie den Mangel akzeptiert. Nach der neuen Rechtslage, dürfen die Vermieter\_innen jedoch fristlos den Mietvertrag kündigen, wenn man in Summe mit 2 Monatsmieten im Rückstand ist. Im Klartext: kürzen Mieter\_innen wegen eines Mangels die Miete, gehen sie ein hohes Risiko ein. Die Vermieter\_innen können den Mangel beheben oder die Mieter\_innen bei einem Rückstand von 2 Monatsmieten fristlos kündigen. Dann hilft nur noch eine Räumungsschutzklage und die Hoffnung, vor Gericht Recht zu bekommen. War die Mietminderung nicht korrekt oder verlieren die Miet-

er\_innen das Verfahren aus anderen Gründen, ist die Wohnung weg.

Deshalb fordert DIE LINKE eine Stärkung der Rechte von Mieterinnen und Mietern. Dazu gehört, dass zukünftig keine Wohnungskündigungen aufgrund von Mietminderung mehr möglich sind und auch deutlich strengere Regeln bei Ankündigung von Eigenbedarf gelten. Wir fordern ein Verbot von Mieterhöhungen bei Neuvermietung von Wohnungen, die über die Inflationsrate hinausgehen.

Für viele Mieterinnen und Mieter stellen Modernisierungen oft eine Gefahr für Ihren Lebensstandard dar.



Manche Luxussanierung dient nur dem Zweck der Vertreibung der Mieter\_innen. Aber auch bei vielen sinnvollen Modernisierungsmaßnahmen, z.B. zur besseren Gebäudedämmung, ist die Modernisierungsumlage höher, als die Einsparung bei den Heizkosten. Vielen Menschen bleibt deshalb nach Abzug der Miete kaum noch Geld zum Leben. Ein Umzug ist auch selten möglich, weil neue Mietverträge eine höhere Miete für weniger Leistung bedeuten. Ein



Teufelskreis der zu Armut oder gar in die Obdachlosigkeit führen kann. Deshalb sind Luxusmodernisierungen zu Lasten der Mieter\_innen zu untersagen.

**DIE LINKE bleibt dabei: Wohnen muss bezahlbar bleiben und das Mietrecht muss sozial gestaltet werden!** Wir fordern, dass energetische Modernisierungen wärmemietenneutral erfolgen müssen. Höhere Sanierungskosten sind durch Bundeszuschüsse auszugleichen. Der Neubau von Sozialwohnungen ist deutlich auszuweiten und parallel sind wieder ein Heizkostenzuschuss, sowie höheres Wohngeld umzusetzen. Um die Rechte von Mieter\_innen zu stärken und den Mietanstieg zu bremsen, versuchten wir mit Anträgen im Bundestag Union und SPD zu überzeugen, leider vergeblich. (z.B. Bundestag-Drucksache: 18/8863). Wohnen ist ein Menschenrecht. Bezahlbaren Wohnraum für alle in Deutschland, auch für in Jena lebende Menschen, zu schaffen, ist eine unerlässliche und mit entsprechendem Einsatz auch umsetzbare Aufgabe. Man muss es nur Wollen! Wollen Sie das auch? Dann stärken Sie DIE LINKE im Bundestag, denn Mietrecht ist Bundesrecht und nur dort zu verändern.

Ralph Lenkert, MdB

Das traditionelle Neujahrsgespräch der Jenaer LINKEN stand am Freitag, dem 13. Januar 2017, ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Ralph Lenkert, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 191, bedankte sich zu Beginn seiner Rede ausdrücklich bei allen Helfer\_innen für ihren ehrenamtlichen Einsatz im Zuge der Flüchtlingskrise. Er warnte vor Populist\_innen, deren Absicht es sei, ein Klima der Angst zu schaffen und geflüchtete Menschen als Sündenböcke der Gesellschaft zu installieren. Der Bundestagsabgeordnete wies darauf hin, dass DIE LINKE lange vor den Folgen der Politik von CDU/CSU und SPD im Bund gewarnt hatte: die Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistankrieg, die anhaltenden Waffenexporte, die mangelnde Entwicklungshilfe und unzureichende Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerkes waren und sind wichtige Ursachen für Flucht – Ziel für DIE LINKE ist die Beseitigung dieser Fluchtgründe. Für Jena formulierte Lenkert klare Ziele seiner Bemühungen: den Erhalt des Bahnfernverkehrs, die Errichtung des neuen Uni-Campus am Inselplatz, den Bau eines zukunftsfähigen Fußballstadions für USV und FCC, eine Schwimmhalle mit 50-Meter-Bahn. Mehr Sozialarbeiter\_innen, mehr finanzielle Unterstützung für Vereine, ticketfreier Schüler\_innenverkehr und vor allem bezahlbarer Wohnraum seien ebenso wichtige Vorhaben in Jena. Er verwies zur Finanzierung auf das Steuerkonzept seiner Fraktion im Bundestag, das Mehreinnahmen von 190 Mrd. Euro pro Jahr und 36 Mio. Mehreinnahmen für die Stadt Jena generieren würde. Das reiche zur Finanzierung der genannten Vorhaben. Die Barvermögen in Deutschland wuchsen 2015 um 300 Mrd. Euro und 2016 sogar um 320 Mrd. Euro, überwiegend auf den Konten der Superreichen. Die von der LINKEN geplante gerechtere Besteuerung, die Mehreinnahmen von 190 Mrd. Euro brächte, würde den Anstieg der Barvermögen nur verlangsamen, nicht mal stoppen, aber mehr soziale Gerechtigkeit bewirken.



Ehrgast des Abends war Ministerpräsident Bodo Ramelow



R. Lenkert, J. Thomas, Dr. G. Lukin, M. Flämmich-Winckler, T. Wolf, B. Ramelow

Jens Thomas



## Unser Gewinnspiel

### Der höchste Quadratmeterpreis gewinnt!

Dieses Mal haben Sie die Chance, einen Gutschein im Wert von 50 Euro von Kahla Porzellan zu gewinnen. Was Sie dafür tun müssen? Ganz einfach! Sie suchen nach Inseraten für Wohnungen oder Wohnflächen in Jena mit einem hohen Quadratmeterpreis – wer den höchsten findet, gewinnt. In der nächsten Ausgabe krönen wir dann den „Miethai Jenas“. Eine Kopie des Inserates mit Datum der Veröffentlichung und einer Information, wo dieses gefunden wurde, senden Sie bitte an [rgeschaefsstelle@die-linke-jena.de](mailto:rgeschaefsstelle@die-linke-jena.de) oder an DIE LINKE Jena, Markt 4, 07743 Jena. Einsendeschluss ist der 10. April 2017.

Gestiftet wird der Preis von unserem Bundestagsabgeordneten Ralph Lenkert.



DIE LINKE. Jena gratuliert allen Frauen und Mädchen zum Internationalen Frauentag

#### Impressum

Herausgeber\_innen und V.i.S.d.P.:  
 Stadtverband DIE LINKE Jena: Jens Thomas; Ralph Lenkert, MdB; Torsten Wolf, MdL; Dr. Gudrun Lukin, MdL;  
 Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Jena  
 Redaktionsgruppe: Marcel Helwig, Annette Siami, Jens Thomas, Jessica Franke, Mario Volgmann  
 Satz: Annette Siami

Für die Inhalte der Artikel sind die Zeichnenden verantwortlich. Die Inhalte müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Die Redaktion behält sich Kürzungen und Änderungen der Artikel vor. Redaktionsschluss: 12.02.2017  
 Auflage: 15.000 Stück  
 DIE LINKE.Jena, Geschäftsstelle: Markt 4, 07743 Jena, Tel.: 03641/ 42 45 34, Fax.: 03641/ 42 61 49  
[rgeschaefsstelle@die-linke-jena.de](mailto:rgeschaefsstelle@die-linke-jena.de),  
[www.die-linke-jena.de](http://www.die-linke-jena.de)

## Reichtum ohne Gier – Lesung mit Sahra Wagenknecht

Am 15. Dezember kam die Fraktionsvorsitzende und zugleich Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE

im Bundestag auf Einladung unseres Landtagsabgeordneten Torsten Wolf und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen nach Jena. Schon kurz nach Einlassbeginn war der Abbe-Hörsaal in der Friedrich Schiller Universität gut gefüllt, wenn nicht sogar überfüllt. Mehr als 1000 Interessierte kamen, um den Ausführungen der LINKEN - Bundespoli-

tikerin zu lauschen und die Diskussion mit Prof. Dr. Freytag, Professor für Wirtschaftspolitik, moderiert durch Gerlinde Sommer, stellvertretende

Chefredakteurin der TLZ, zu verfolgen. Anschließend wurde, wenn auch leider zeitlich begrenzt, dem



Auditorium Zeit gegeben, Fragen zu stellen und Statements an das Podium abzugeben. Es wurde viel mit regionalen Bezügen diskutiert, so auch

am Beispiel der Carl-Zeiss-Stiftung. Was damals schon vorbildlich war, kann auch heute noch Leitlinie sein.

Denn auch im Rahmen kapitalistischen Wirtschaftens sei Gemeinwohlorientierung und das Besinnen auf das eigene Produkt, statt anonymer Mehrwertschöpfung um jeden Preis, möglich. Wer es leider nicht mehr in den Hörsaal geschafft hat oder aus anderen Gründen verhindert war, kann diese Veranstaltung auf dem YouTube-Kanal „VJDanny1979“ ansehen.

Die nächste Chance Sahra Wagenknecht wieder live in Jena zu erleben, besteht am 30. Mai.

Wahlkristeam Torsten Wolf

## Bin ich im Alter arm? Welche Zukunft hat die Rente?

Öffentliche Diskussion mit Matthias W. Birkwald,

Rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Mittwoch, 15. März 2017, 19 Uhr

F-Haus, kleiner Saal, Johannisplatz 14

Am 30. Januar konnten die Landtagsabgeordneten Dr. Gudrun Lukin und Mike Huster (Abgeordneter im Saale-Holzland-Kreis) den Verein Grenzenlos e.V. besuchen, der sich als Träger für Arbeit mit körperlich und geistig Beeinträchtigten seit 2009 aktiv in Jena und dem SHK einsetzt. Eine Spende des Alternative 54 e.V. über 300 Euro zur Unterstützung eines kreativen Projektes konnte in diesem Rahmen übergeben werden.

Wahlkristeam Dr. Gudrun Lukin



## Danke, Christoph Butterwegge.

Wir kämpfen weiter für Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit.



Am 12. Februar 2017 wählte die 16. Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. DIE LINKE war durch 94 Mitglieder in der 16. Bundesversammlung vertreten. Professor Christoph Butterwegge erhielt jedoch 128 Stimmen und konnte so einen Achtungserfolg erzielen. Aus Jena nahm unser Bundestagsabgeordneter Ralph Lenkert an der Bundesversammlung teil.